

Schüler*innenbewegung „Fridays for Future“

Aktiver Klimaschutz ist auch gelebte Schulkultur – keine Sanktionen für die protestierenden Schüler*innen

Der Düsseldorfer Stadtverband der GEW begrüßt, dass junge Menschen sich Gedanken um ihre Zukunft machen und sich mit phantasievollen Aktionen engagieren.

Unter dem Motto „Fridays for Future“ ist eine weltweit agierende Bewegung von Schüler*innen und Studierenden entstanden, die mit wöchentlichen Protestaktionen während der Unterrichtszeit auf die dramatischen Folgen der Klimakrise aufmerksam machen und die Politik zum Handeln aufrütteln will. Auch in Düsseldorf protestierten schon wiederholt mehrere hundert Schüler*innen. Entstand der Protest zunächst wie an vielen anderen Orten auch durch Gruppen in den sozialen Medien, so versuchen Schüler*innen mittlerweile die Bewegung auch mit Mobilisierungskomitees an einzelnen Schulen und offenen Vollversammlungen außerhalb der Schulzeit demokratisch zu strukturieren, sich gemeinsam über die drohende Klimakatastrophe zu informieren und sich über Möglichkeiten zum Beispiel mit Repression umzugehen auszutauschen.

„Es ist schon beeindruckend, mit welcher Entschlossenheit die Schüler*innen für ihre Überzeugung einstehen. **Androhungen von Sanktionen bei Verletzung der Schulpflicht, wie der Eintrag von unentschuldigten Fehlstunden ins Zeugnis, halten wir nicht für den richtigen Weg.** Wir begrüßen, wenn Schulleitungen und Lehrkräfte verantwortungsvoll mit den Protestbedürfnissen der Schüler*innen umgehen und mit Projektunterricht, außerschulischem Lernen und Demokratiebildung die aktuellen Themen behandeln, das ist gelebte Schulkultur“, sagte Sylvia Burkert vom Leitungsteam der GEW Düsseldorf. Zur Demokratiebildung gehöre auch, Mittel, Wege und Grenzen des demokratischen Protestes zu diskutieren.

Johannes Heck, Lehrer am Leibniz-Montessori-Gymnasium und gewählter Verbindungslehrer der Düsseldorfer Bezirksschüler*innenvertretung, hat kein Verständnis für die Verurteilung der Schüler*innenproteste durch Ministerpräsident Laschet: „Die Erziehung im ‚Geist der Demokratie‘ und zur ‚Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen‘ ist in Nordrhein-Westfalen Verfassungsauftrag. Wenn Schüler*innen nun diese Erziehungsziele ernst nehmen und sich das demokratische Recht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit für den Klimaschutz nehmen, stünde es einer Landesregierung gut zu Gesicht, diese jungen Menschen zu unterstützen.“ Stattdessen unterstellt Ministerpräsident Laschet, dass Schüler*innen damit Schule schwänzen wollten. Es wäre, so Heck, eine wirklich demokratische Tat, das Verbot von Demonstrationen während der Schulzeit aufzuheben. „Es genügt nicht, dass Lehrer*innen Schüler*innen im Unterricht beibringen, was Demokratie ist. Demokratische Rechte müssen auch uneingeschränkt für Schüler*innen erfahrbar sein.“

Düsseldorf, den 8.2.2019 Dr. Sylvia Burkert u. Gabriella Lorusso (Leitungsteam der GEW Düsseldorf)

Pressekontakte: Johannes Heck , 0175 – 23 44 865; Dr. Sylvia Burkert, 0172 4031950